

Startsignal für den Urlaub im Ausland

Für 27 Länder wird die Reiseverwarnung gestrichen

Fast drei Monate lang hat die Bundesregierung wegen der Coronapandemie vor Urlaubsreisen in alle rund 200 Länder der Welt gewarnt. Für den größten Teil Europas ist am Montag Schluss damit. Die Bundesregierung will damit den Sommerurlaub von den griechischen Inseln bis zur Algarve ermöglichen. Eine ganz unbeschwerte Ferienzeit wird es diesmal aber wohl nicht.

Für welche Länder wird die Reiseverwarnung aufgehoben? Die Bundesregierung hat beschlossen, die Reiseverwarnung für die 26 Partnerländer Deutschlands in der Europäischen Union, das gerade aus der EU ausgetretene Großbritannien und die vier Staaten des grenzkontrollfreien Schengen-Raums, die nicht Mitglied in der EU sind, aufzuheben: Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein. Aber voraussichtlich erfolgt diese Aufhebung nicht gleichzeitig am Montag. Für vier Länder kommt es aber zu einer Verzögerung, Spanien, Norwegen und Finnland müssen erst noch ihre Einreiseperrre für Ausländer aufheben. In Spanien ist das für den 1. Juli geplant, in Finnland gilt die Einreiseperrre bis zum 14. Juli. In Norwegen ist die Einreiseperrre unbefristet. Bis zum 20. Juli soll dort aber neu entschieden werden. In Schweden ist die Zahl der Neuinfektionen noch zu hoch für die Aufhebung der Reiseverwarnung.

Kann eine einmal aufgehobene Reiseverwarnung wieder reaktiviert werden? Ja. Die Bundesregierung hat Kriterien für die Aufhebung der Reiseverwarnung aufgestellt. Wenn diese von den Ländern nicht mehr erfüllt werden, kann die Warnung reaktiviert werden. Es geht im Wesentlichen um drei Punkte: den Zustand des Gesundheitssystems, den ausreichenden Schutz der Touristen an den Urlaubsorten und die durch Hygienemaßnahmen oder Abstandsregeln und vor allem um die Entwicklung des Infektionsgeschehens. Wenn die Zahl der Neuinfektionen in einem Land insgesamt 50 pro 100.000 Einwohner in einer Woche übersteigt, wird die Reiseverwarnung reaktiviert. In Schweden ist das der Fall.

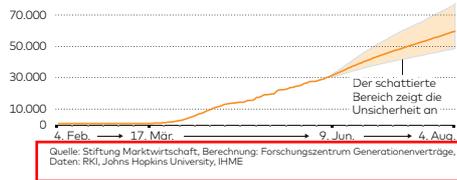
Ist nun ein völlig unbeschwertes Reisen in die Länder möglich, für die es keine Reiseverwarnung mehr gibt? Eher nicht. „Genießen Sie Ihren Sommerurlaub, aber genießen Sie ihn mit Vorsicht und genießen Sie ihn in Verantwortung“, empfiehlt Außenminister Heiko Maas. Statt der Reiseverwarnung sind ab Montag für die genannten Länder sehr ausführliche Reisehinweise auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes gegeben, in denen auf alle Risiken hingewiesen wird. Dem Reisenden ist es dann selbst überlassen, worauf er sich einlassen will. Kurz gesagt bedeutet das: Urlaub auf eigene Gefahr.

Gibt es bei den Reisehinweisen bestimmte Abstufungen? Es kann sein, dass für einzelne Länder von einer Reise abgeraten wird. Das soll zum Beispiel für Großbritannien der Fall sein, weil dort eine zweiwöchige Quarantäne für Einreisende gilt. Was ist mit den Ländern außerhalb der EU? Für mehr als 160 Länder hat Maas die Reiseverwarnung bis zum 31. August verlängert. Es können in diesem Zeitraum aber Ausnahmen gemacht werden. Das Problem: Die EU müsste sich hier einig werden, weil innerhalb der Staatengemeinschaft die Grenzen ab Montag wieder weitgehend offen sind. Diese Einigkeit herzustellen, wird nicht einfach, weil es unterschiedliche Prioritäten gibt. Für Deutschland geht es zum Beispiel vor allem um die Türkei, das drittbeliebteste Urlaubsland der Deutschen. Frankreich blickt dagegen eher auf die nordafrikanischen Feriendestinationen Tunesien und Marokko.

Kann ich in ein Land reisen, in dem es noch eine Reiseverwarnung gibt? Grundsätzlich ja. „Eine Reiseverwarnung ist ja kein Reiseverbot“, betont Außenminister Maas immer wieder. Allerdings bieten Veranstalter keine Pauschalreisen in diese Länder an, man kommt also nur auf eigene Faust dorthin – wenn es denn überhaupt Flüge oder Fähren gibt oder die Grenzen für den Autoverkehr geöffnet sind. Zudem ist das Risiko höher. Zwar erlaubt die Reiseverwarnung eine kostenlose Stornierung einer Reise. Sie schränkt aber auch den Versicherungsschutz derjenigen ein, die trotzdem reisen. Selbst private Zusatzversicherungen greifen oft nicht. Sie sollten die Bedingungen im Vertrag überprüfen. Sollte das Land die Grenzen schließen, wird es keine Rückholung mehr durch das Auswärtige Amt geben.

„Gerettete Leben“ durch Lockdown in Deutschland

Annahmen: keine 2. Welle, keine neuen Maßnahmen, gegenwärtige Alters- und Geschlechtsstruktur der Todesfälle bleibt



Quelle: Stiftung Marktwirtschaft, Berechnung: Forschungszentrum Generationenverträge, Daten: RKI, Johns Hopkins University, IHME

Übersehene Folgen der ökonomischen Vollbremsung

Die Maßnahmen, die in Deutschland und anderen Staaten in den vergangenen Wochen gegen die Ausbreitung der Pandemie ergriffen wurden, haben Millionen Covid-19-Infektionen und Todesfälle verhindert. Dies zeigen zwei Studien renommierter Forschungseinrichtungen aus den USA und Großbritannien, über deren Ergebnisse das Wissenschaftsmagazin „Nature“ berichtet.

VON DOROTHEA SIEMS

Ohne den Lockdown mit weitreichenden Kontaktverboten und der Schließung von Schulen, Betrieben und nationalen Grenzen hätte es allein in elf europäischen Staaten – darunter Deutschland, Italien, Großbritannien und Spanien – 31 Millionen Corona-Tote mehr gegeben, so das Fazit der britischen Forschergruppe vom Imperial College London. Und die amerikanischen Wissenschaftler von der Universität Berkeley, die den Pandemieverlauf in sechs Ländern (China, USA, Frankreich, Italien, Südkorea und dem Iran) analysiert haben, kommen allein für diese Staaten auf 530 Millionen verhinderte Infektionen.

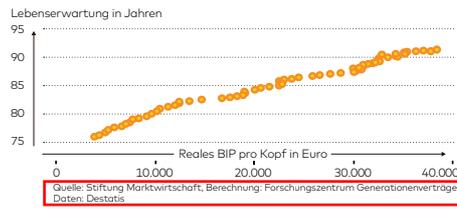
„Ich denke, kein anderes menschliches Unterfangen hat jemals in so kurzer Zeit so viele Leben gerettet“, lautet das Fazit von Studienleiter Solomon Hsiang von der Universität Berkeley. Denn die tatsächlichen Corona-Zahlen liegen weit niedriger: Registriert wurden bislang weltweit rund 7,6 Millionen Covid-19-Infizierte und etwa 430.000 Menschen, die an oder mit dem Virus gestorben sind.

Der Lockdown gegen die Pandemie hat gewirkt. Doch die nun folgende scharfe Rezession hat ebenfalls Konsequenzen: Sie senkt die Lebenserwartung der Bevölkerung erheblich

Das Bild von der segensreichen Wirkung der tief greifenden Corona-Beschränkungen ist nicht falsch – aber unvollständig. Denn die politisch verordnete Vollbremsung der Wirtschaft hat nicht nur ökonomisch enorme negative Auswirkungen. Sie reduziert auch ganz erheblich die Lebenserwartung in der Bevölkerung. Dies zeigen Berechnungen des Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg, die WELT exklusiv vorliegen.

„Unter dem Strich kostet der Wachtumseinbruch deutlich mehr Lebensjahre, als wir bewahren konnten“, sagt der Ökonom. „Verlierer sind wir alle, die Jungen mehr, die Alten weniger.“ Insgesamt seien die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie deshalb unverhält-

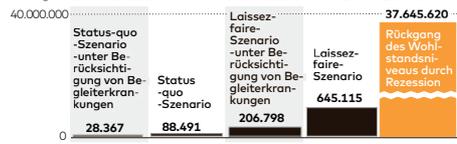
So wirkt die Wirtschaftsleistung auf die Lebenserwartung



Quelle: Stiftung Marktwirtschaft, Berechnung: Forschungszentrum Generationenverträge, Daten: Destatis

Verlorene Lebensjahre der Gesamtbevölkerung

In Lebensjahren; Annahmen: keine 2. Welle, keine neuen Maßnahmen, gegenwärtige Alters- und Geschlechtsstruktur der Todesfälle bleibt; BIP -6,3 Prozent



Quelle: Stiftung Marktwirtschaft, Berechnung: Forschungszentrum Generationenverträge, Daten: RKI, Johns Hopkins University, IHME, Destatis und Hanlon et al. (2020)

nismäßig gewesen. Dabei stellt der Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge überhaupt nicht infrage, dass durch den Lockdown die Zahl der Corona-Toten in Deutschland vergleichsweise niedrig gehalten wurde. Bislang wurden hierzulande rund 186.000 Infektionen festgestellt, fast 8800 Menschen sind gestorben. Hätte man stattdessen wie Schweden auf die umfassenden Kontaktbeschränkungen und Schließungen verzichtet, läge die Zahl der an oder mit dem neuartigen Virus Verstorbenen schon jetzt fast fünf Mal höher.

Diese Größenordnung ergibt sich, wenn man die schwedischen Mortalitätszahlen auf die Bundesrepublik überträgt. Und die Differenz zwischen diesem „Laissez-faire-Szenario“ und der tatsächlich in Deutschland zu erwartenden Entwicklung, dem „Status-quo-Szenario“, würde in den kommenden Wochen immer größer. Das zeigt die Projektion der Todesfälle für beide Szenarien, die Raffelhüschen auf Basis von Daten des Robert-Koch-Instituts, der Johns-Hopkins-Universität und des Instituts für Health Metrics and Evaluation (IHME) der Universität Washington erstellt hat. Insgesamt hat der Lockdown nach diesen Berechnungen rund 60.000 Corona-Todesfälle verhindert. „Fakt ist, dass keine Regierung der Welt imstande ist, Leben zu retten – wir können nur Leben verlängern oder verkürzen“, betont der Ökonom im Gespräch mit WELT.

Eine verhinderte Erkrankung bedeutet mehr Lebenszeit. Die Pandemie stellt vor allem für Hochbetagte ein mitunter tödliches Risiko dar.

Das Durchschnittsalter der mit Covid-19 Verstorbenen liegt bei knapp 81 Jahren. Berücksichtigt man zudem, dass es vor allem Menschen mit Vorerkrankungen sind, die eine Infektion nicht überleben, reduziert sich die gewonnene Lebensspanne noch einmal erheblich von durchschnittlich 9,2 auf 2,9 Jahre pro verhinderten Todesfall. Somit werden pro verhinderten Todesfall im Durchschnitt auch nur einige Jahre verbleibende Lebenszeit „gerettet“. Insgesamt hat Deutschland nach Raffelhüschen Berechnung durch den Lockdown maximal 557.000 Lebensjahre gewonnen. Kalkuliert man den Aspekt der Vorerkrankungen ein, kommt man auf knapp das Minimum von 180.000 gewonnenen Lebensjahren.

Der Ökonom macht aber noch eine andere Rechnung auf. Denn auch die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) habe Auswirkungen auf Lebenserwartung – und zwar der gesamten Bevölkerung. „Eine einprozentige BIP-Veränderung führt zu einer Veränderung der Lebenserwartung um fast einen Monat, genau um 0,89 Monate“, sagt Raffelhüschen.

Dies zeige die langfristige Entwicklung des realen BIP pro Kopf in Deutschland, die seit den 50er-Jahren mit einem stetigen Anstieg der Lebenserwartung einhergeht. Die entsprechenden Berechnungen des Forschungszentrums Generationenverträge basieren auf Daten des Statistischen Bundesamtes. „Fakt ist, dass mit einem Einbruch des BIP nicht nur das Wohlstandsniveau sinkt, sondern auch der Anstieg der Lebenserwartung der Bevölkerung mindestens gebremst wird, sie unter Umständen sogar

sinken könnte“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler.

Der Grund für die enge Korrelation von Wirtschaftswachstum und steigender Lebenserwartung sei die Tatsache, dass ein BIP-Anstieg technischen Fortschritt bringe, der wiederum mit medizinischem Fortschritt einhergehe. Auch wenn jetzt viel Geld in die Forschung nach einem Impfstoff und Therapien gegen Covid-19 fließt, bremst der herbe Konjunkturrückgang dennoch insgesamt gesehen den medizinischen Fortschritt etwa in der Krebs- oder Herzinfarktbehandlung ab. Die Bundesregierung erwarte für dieses Jahr einen Rückgang des realen BIP um 6,3 Prozent. „Damit ist ein Verlust von mehreren Millionen Lebensjahren zu befürchten“, sagt Raffelhüschen. In seinen Berechnungen kommt er für die Gesamtbevölkerung auf mehr als 37 Millionen verlorene Lebensjahre, die diese schwerste Rezession der Nachkriegszeit zur Folge haben werde.

Für jeden Einwohner bedeute dies im Durchschnitt einen Verlust an gut fünf Monaten fernerer Lebenserwartung, rechnen der Ökonom vor. Und selbst wenn die Gesamtzahl der infolge der BIP-Schrumpfung verlorenen Jahre am Ende nur ein Zehntel dessen betrage, wäre sie noch immer um ein Vielfaches größer als die Zahl der Lebensjahre, die Deutschland bei einem ungebremsten Verlauf der Pandemie mit gut 645.000 voraussichtlich eingetauscht hätte, sagt der Wissenschaftler.

Deutschlands Wirtschaft wäre allerdings auch dann extrem eingebrochen, wenn es zwar im Land selbst keinen Lockdown gegeben hätte, aber in den meisten anderen Staaten schon. Denn auch Schweden verzeichnet laut der Prognose der Industrielländerorganisation OECD trotz des gewählten Sonderwegs einen herben Konjunktureinbruch. Infolge der starken internationalen Arbeitsteilung haben sich die Unterbrechungen der Lieferketten und die Schrumpfung des Welthandels dafür gesorgt, dass sich die Wirtschaftslage ebenso wie die Pandemie auf der gesamten Welt ausbreiten könnte.

Nur wenn neben Deutschland auch alle anderen Länder keinen Lockdown gemacht hätten, wäre man hierzulande nach Einschätzung Raffelhüschen weit aus besser gefahren, wenn die Politik auf die richtigen Anti-Corona-Maßnahmen verzichtet hätte. Dass weltweit die Maßnahmen gegen die Pandemie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in sozialer und medizinischer Hinsicht gravierende Nebenwirkungen haben, zeigt sich besonders dramatisch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Weltbank rechnet damit, dass in diesem Jahr 40 bis 60 Millionen Menschen in die extreme Armut rutschen, also weniger als 1,90 Dollar am Tag zur Verfügung haben.

Ein düsteres Bild zeichnen auch das Kinderhilfswerk Unicef und die Internationale Arbeitsorganisation ILO, die in einer aktuellen Studie davon ausgehen, dass die Kinderarbeit wieder auf das Niveau von vor 20 Jahren ansteigt. Global gesehen dürfte die Schrumpfung der Weltwirtschaft infolge der staatlichen Anti-Corona-Maßnahmen sehr viele Menschenleben verkürzen. Bei einer Gesamtbilanz der Pandemiebekämpfung ist das zu berücksichtigen.

Neuer nuklearer Wettlauf kostet Milliarden

Sipri-Friedensforscher sehen Alarmsignale für Trendumkehr zugunsten moderner Waffensysteme. Wichtige Abrüstungsverträge laufen aus

Besorgniserregende Trendwende bei den Atomwaffen: Die neun Staaten mit nuklearen Sprengköpfen investieren nach einer Analyse des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri derzeit massiv in deren Modernisierung und Einsatzfähigkeit. Zwar reduzieren die USA und Russland weiter formal die Anzahl der Atomwaffensprengköpfe, heißt es in einer neuen Studie.

VON GERHARD HEGMANN

Während alte Exemplare ausgemustert werden, fließen jedoch Milliardenbeträge in eine kleinere Zahl moderner Modelle und werden sogar neue Waffengenerationen entwickelt. Beispielsweise wollen die USA für die Modernisierung ihrer Atomwaffen von 2019 bis 2028 rund 494 Milliarden Dollar ausgeben.

Seit Jahren registrieren die Friedensforscher zwar den Trend, dass nach den Abrüstungsabkommen insgesamt die Gesamtzahl der Atomwaffensprengköpfe sinkt. Im Jahr 2020 von 13.865 auf 13.400. Im Jahr 2019 waren es noch fast 15.000. Die Anzahl der unmittelbar einsetzbaren Sprengköpfe bleibt mit 1750 für die USA und 1570 für Russland in 2020 aber fast unverändert. Erstmals hat China in diesem Jahr mit nunmehr

320 Sprengköpfe Frankreich als bisherige Nummer vier nach Großbritannien überholt. Auch für Indien (jetzt 150 Sprengköpfe) und Nordkorea (35 bis 40) geben die Experten von einem Anstieg aus.

Sorge bereitet den Sipri-Friedensforschern zwei Entwicklungen: Das zentrale Ost-West-Abrüstungsabkommen zur Verringerung strategischer Kernwaffen (New Start) wird im Februar 2021 außer Kraft treten, falls es nicht verlängert wird. Doch die Gespräche kann bislang nicht voran, weil die USA China einbeziehen wollen, was Peking jedoch ausschließt. Zudem ist nach der Kündigung durch die USA der INF-Vertrag im August 2019 ausgelaufen. Er sieht die Abschaffung aller landgestützten Raketen und Marschflugkörper mit kurzer und mittlerer Reichweite vor.

Dies deutet darauf hin, dass „die Ära der bilateralen Abkommen zur nuklearen Rüstungskontrolle zwischen Russland und den USA zu Ende gehen könnte“, erklärt Sipri-Direktorin Shannon Kile. Der Verlust wichtiger Kommunikationskanäle zwischen Russland und den USA, die die Transparenz fördern und Fehleinschätzungen ihrer jeweiligen nuklearen Kräfte und Fähigkeiten verhindern sollten, könnte möglicherweise zu einem neuen nuklearen Wettrennen führen, heißt es bei Sipri.

Besorgniserregend sei auch, dass Russland und die USA umfangreiche und teure Programme gestartet haben, um ihre nuklearen Sprengköpfe, Raketen- und Flugzeugträger sowie die Kernwaffenproduktionsanlagen zu ersetzen und zu modernisieren. Beide Länder haben den Kernwaffen in ihren militärischen Plänen auch neue oder erweiterte Rollen zugewiesen. Für die Sipri-Experten bedeutet dies eine Umkehrung des nach dem Kalten Krieg zu beobachtenden Trends zur allmählichen Marginalisierung von Kernwaffen. Auch China modernisiere sein Atomwaffenarsenal. Die Regierung in Peking entwi-

ckelt zum ersten Mal eine sogenannte nukleare Triade, die aus neuen land- und seegestützten Raketen sowie atomar bewaffneten Flugzeugen bestehe.

Sorge bereitet den Friedensforschern die geringe Transparenz bei der Berichterstattung über Kernwaffenfähigkeiten. Die USA hätten in der Vergangenheit wichtige Informationen über ihre Lagerbestände und nuklearen Fähigkeiten offengelegt. 2019 habe die US-Regierung die Praxis der öffentlichen Offenlegung der Größe der US-Lagerbestände jedoch beendet, beklagt Sipri-Experte Hans Kristensen. Dass wieder verstärkt nach dem Motto „Lieber Abschreckung als

Abrüstung“ gehandelt wird, zeige soeben Frankreich. Paris feuerte von nunmehr seinem vierten Atomwaffenfähigen U-Boot in der Nähe von Brest eine unbewaffnete Atomwaffen-Langstreckenkranke vom Typ M3 über den Atlantik. Die von Airbus-Safran mit Milliardenaufwand entwickelte Rakete kann nach Angaben von Experten bis zu zehn Atomwaffensprengköpfe tragen. Angeblich flug die Rakete bei dem Test gut 6000 Kilometer über den Atlantik und soll in der Nähe der Karibik niedergegangen sein, heißt es bei Insidern. Der Test wurde durch aus US-Experten im Zielgebiet verfolgt.

Die Sipri-Warnung über verstärkte Atomwaffen-Aktivitäten deckt sich mit jüngsten Erkenntnissen der 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Internationalen Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN). Danach steckten die neun Staaten mit Nuklearwaffen 2019 rund 72,9 Milliarden Dollar in diese Waffentechnik, rund zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Fast die Hälfte des Gesamtbetrages entfällt auf die USA. Die Atomwaffen-Gegner rechnen dann vor, wie viele Betten, Krankenschwestern oder Beamtungsgeräte in der Corona-Krise dafür bezahlt werden könnten. Rechnerisch hätten die neun Atomwaffen-Staaten 2019 jede Minute 138.699 Dollar in die tödliche Technik investiert.

Weltweit weniger Atomwaffensprengköpfe

